02

JULIMAGAZIN

2023

Das Magazin der Jungen Liberalen NRW







Sina Behrend

Thomas Jobelius

Liebe JuLis.

willkommen zur neuen Ausgabe des JULIMAGAZINS! Diesmal steht die Frage nach einer gelungenen liberalen Einwanderungs- und Migrationspolitik im Mittelpunkt. In einer zunehmend globalisierten Welt stehen Länder vor der Herausforderung, ihre Grenzen offen zu halten und gleichzeitig die Interessen ihrer eigenen Bürger zu schützen.

Einwanderung hat einen großen Einfluss auf unsere Gesellschaft, unsere Berufswelt und unseren politischen Diskurs. Positiv kann Einwanderung zu Vielfalt und interkulturellem Austausch beitragen, indem sie neue Perspektiven, Erfahrungen und Ideen in eine Gesellschaft einbringt. Sie kann den Fachkräftemangel bekämpfen und neue Lebenschancen ermöglichen. Auf der anderen Seite kann Einwanderung auch gesellschaftliche Spannungen verursachen und zu sozialen Konflikten führen, insbesondere wenn Einwanderer als Bedrohung kultureller Identität wahrgenommen werden oder wenn sie in Deutschland Straftaten begehen.

Wir starten mit einem Interview mit Joachim Stamp. Thomas hat mit ihm über seine neue Aufgabe als Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen gesprochen. Weiter geht es mit dem Landesvorsitzenden der Liberalen Vielfalt NRW, Fardad Hooghoughi. Sina hat sich mit ihm über die Grundsätze liberaler Einwanderungspolitik ausgetauscht. Es erwartet euch zudem die erste Ausgabe unserer neuen Rubrik "Kommunalpolitik 101", in der wir euch als Erstes das Gremium Integrationsrat vorstellen. Darüber hinaus natürlich wie immer viele spannende Beiträge von euch, den Mitgliedern der JuLis NRW. Von Einbürgerungsfeiern über eine persönliche Migrationsgeschichte bis zur Reform des Einbürgerungsrechts. Das Thema ist vielseitig und herausfordernd. Blickwinkel sind zugleich ganz verschieden. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Thomas & Sina

PS: Ihr wollt auch mal einen Artikel schreiben? Meldet euch gerne bei uns!

Seite 2







Joachim Stamp & Thomas Jobelius

"Irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration stärken"

Seite 4



Lass die Korken knallen, **Hendrik!**











Fardad Hooghoughi & Sina Behrend

"Wir hätten so viel Potenzial ..."

Seite 8



Torben Hundsdörfer







Ali Abo-Hamoud

"Einbürgerungstests reformieren!" Gastbeitrag aus dem BAK Integration

KREUZWORTRÄTSEL LAKO-PARTY!

Seite 15





Carlo Hörmandinger

"Abschiebebeauftragter" Stamp oder doch viel mehr?



Paul Stommel

Flucht und Migration: Eine Herausforderung im globalen Kontext

Seite 16





Oliwier Slowik

Mein Weg nach Deutschland

Seite 17



LAK-Vorstellung

Innere Sicherheit, Europa & Rechtsstaat 2.0

Seite 20





Janis Kohlhase

Integration auf dem Prüfstand



Noah Jakubi

Was ist Frieden?



Reiner Gutowski & Sina Behrend

Kommunalpolitik 101: Was macht der Integrationsrat?



Ashad Shefah

Migration schafft Vielfalt in unserer globalen Welt



eite



Tim Schütz & Alondra von Groddeck

Aus dem LaVo

Seite 30

"IRREGULÄRE MIGRATION REDUZIEREN UND REGULÄRE MIGRATION STÄRKEN"

Im Gespräch mit Joachim Stamp über die Herausforderungen in der Migrationspolitik, seinen neuen Job im Bundesinnenministerium und die JuLi-Hymne.

Jobelius: Seit Anfang dieses Jahres sind Sie Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung viele verschiedene Beauftragte und Koordinatoren – auch im Bereich der Migrationspolitik. Wie kam es dazu, dass Ihr Posten geschaffen wurde, und was ist Ihre Hauptaufgabe?

Stamp: Der Ansatz ist, dass wir in der Vergangenheit mit den Herkunftsländern von jedem Ministerium aus separat agiert haben. Jedes Haus hat seine eigene Politik gegenüber den Herkunftsländern gemacht. Und jetzt ist die Idee, dass wir die unterschiedlichen Ansätze bündeln und gemeinsam überlegen: Wie können wir mit den Herkunftsländern Migration systematisch organisieren, irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration stärker ermöglichen.

Jobelius: Die Migrationspolitik in Deutschland und Europa steht vor großen Herausforderungen. Sie haben es angesprochen: Die Reduzierung von irregulärer Migration auf der einen, die Schaffung von Chancen und Perspektiven für qualifizierte Einwanderung auf der anderen Seite. Wie kann das gelingen?

Stamp: Wir müssen mit den Herkunftsländern auf Augenhöhe sprechen. Das heißt, wir müssen die Interessenlagen jedes Landes entsprechend berücksichtigen. Das ist eine sehr langwierige Aufgabe. Mir geht es darum, dass wir das jetzt so organisieren, dass wir in den nächsten Jahren hier Beziehungen aufbauen, die dann in der Praxis auch umsetzbar sind und dann auch dauerhaft tragen. Wir hatten bisher eine Vielzahl von Rückführungsabkommen, von denen aber fast alle in der Praxis nicht funktioniert haben. Und deswegen brauchen wir jetzt einen umfassenderen Ansatz.

Jobelius: Realistisch betrachtet: Was können Sie konkret voranbringen? Wo sind Chancen und Limits Ihrer neuen Aufgabe?

Stamp: Wir werden für die meisten Vereinbarungen viel Zeit brauchen. Kurzfristig ist es aber beispielsweise möglich, mit Georgien und Moldau schon zu Ergebnissen zu kommen. Ich bin in beiden Ländern gewesen, und beide haben Interesse, mit uns eine Migrationspartnerschaft so zu gestalten, dass aus diesen Ländern keine unberechtigten Asylanträge mehr gestellt werden. Wenn wir uns die Zahlen von 2022 anschauen, da waren es über 10.000 Anträge aus Moldau

und Georgien. Abgelehnte Asylbewerber insgesamt in Deutschland etwas unter 100.000. Das heißt, wir könnten die irreguläre Migration um 10 % reduzieren, wenn es uns gelingt, das Rückkehrmanagement mit Georgien und Moldau so zu verabreden. Das hilft Kommunen, Verwaltung und Gerichten. Wichtig ist nur. dass beide Staaten als sicheres Herkunftsland eingestuft werden. weil wir dadurch die Verfahren drastisch beschleunigen können. Damit würden sich unberechtigte Asylanträge nicht mehr lohnen. Und das ist notwendig, damit wir die Asylverfahren nahe null bringen können. Die Einstufung als sicheres Herkunftsland macht übrigens nur mit Ländern Sinn, wo die Herkunftsländer auch entsprechend kooperieren. Georgien holt seine Landsleute sogar mit eigenen Flugzeugen wieder heim.

Jobelius: Ganz im Fokus wird bei Ihnen der Austausch und das Gespräch mit den Herkunftsländern sein. Nach ein paar Monaten im Amt: Können Sie schon einschätzen, wie schwierig das wirklich wird? Sind die Länder überhaupt gesprächsbereit?

Stamp: Es ist sehr unterschiedlich. Ich kann auch nicht zu allen Verhandlungen berichten, weil hier oft auch Diplomatie und Diskretion gefragt sind. Es gibt eine ganze Reihe Länder, denen es wichtig ist, dass eine bestimmte Anzahl ihrer Staatsbürgerinnen und Staatsbür-

Nhs

ger im Ausland ist, weil sie auch auf Rücküberweisungen angewiesen sind. Sie brauchen eine starke Diaspora, also eine starke Community hier in Deutschland. Und wir haben andere Länder wie Georgien und Moldau, die kein Interesse haben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft abzugeben, weil ihnen selbst Arbeitskräfte fehlen. Es besteht nur Interesse an zirkulärer Migration, also Saisonarbeit. Da braucht es sehr präzise Absprachen. Das wird aber mit Georgien und Moldau gut klappen. Bei anderen Staaten müssen wir Partnerschaften erst ganz neu aufbauen. Da werden wir neue Wege gehen, wie beispielsweise mit einigen afrikanischen und asiatischen Ländern. Dort gibt es Interesse an unserer Fachkräfteeinwanderung. Dabei achten wir darauf, wie wir das mit einem funktionierenden Rückführungsmanagement kombinieren können. Damit auf der einen Seite eben Menschen legal kommen können und es auf der anderen Seite eine Bereitschaft der Länder gibt, dann auch diejenigen zurückzunehmen, die nicht bleiben können. Hier geht es um einen dauerhaften, langfristigen Ansatz, nicht um schnelle Scheinlösungen.

Jobelius: Die Durchführung von Rückführungen ist aktuell die Aufgabe der Bundesländer. Als ehemaliger Migrations- und Flüchtlingsminister von NRW kennen Sie die Arbeit. Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Bundesländern vor?

Stamp: Ich bin mit dem operativen Rückführungsmanagement in meinem neuen Job nicht direkt befasst. Daran arbeitet die zuständige

Fachabteilung im Bundesinnenministerium. Die Länder bleiben aber weiterhin für die Rückführung verantwortlich und da ist an der einen oder anderen Stelle auch noch Luft nach oben. Im Nachgang des Flüchtlingsgipfels im Innenministerium wurde deutlich, dass es hier viel Verbesserungspotenzial gibt. Es ist wichtig, dass nicht Kommunen, Bund und Land dauernd mit dem Finger aufeinander zeigen, sondern dass man konstruktiv zusammenarbeitet: Wo sind noch Defizite, was kann man verbessern? Da ist vieles im organisatorischen Bereich, manches strukturell, manches aber auch politisch problematisch. Wenn ein Land wie Berlin einen Winterabschiebestopp verhängt hat, auch in Länder, wo es gar keinen Winter in dem Zeitraum gibt, dann ist das schon absurd.

Jobelius: Auch für Sie persönlich hat sich viel geändert: Vom Vize-Ministerpräsident und vielen Jahren in der Landes- und Kommunalpolitik jetzt der Wechsel in die **Bundespolitik: Was ist anders?**

Stamp: Es ist jetzt eine neue Herausforderung, mit ganz vielen unterschiedlichen Ministerien und verschiedenen Ebenen zusammenzuarbeiten. Als Sonderbevollmächtigter in einer Koalitionsregierung im Bund mit sehr unterschiedlichen Partnern ist mir aber vor allem der interministerielle Ansatz wichtig. Es wird darauf ankommen. zwischen unterschiedlichen Sichtweisen zu vermitteln und daraus einen konstruktiven Ansatz zu machen, der auch in der Praxis funktioniert. Neue Ansätze stoßen immer auch auf Skepsis. Aber ich bin von unserem Weg überzeugt. Für mich privat ist auch

die Pendelei zwischen Rheinland und Bundeshauptstadt nicht immer einfach. Wir haben uns aber ganz bewusst dafür entschieden, eine Geschäftsstelle in Bonn einzurichten, weil hier viele internationale Organisationen sind, mit denen wir zusammenarbeiten wollen. Und gleichzeitig ist natürlich die Bundespolitik in erster Linie in Berlin. Das erfordert viel Präsenz in der Hauptstadt.

Jobelius: Zum Abschluss eine Frage, die vielen JuLis auf dem Herzen brennt. Seit vielen Jahren darf natürlich die JuLi-Hyme auf keiner Party der Jungen Liberalen fehlen. Sie waren damals gemeinsam mit Marco Buschmann an der Erstellung beteiligt. Wie kam es überhaupt dazu?

Stamp: Es war so: Ende der 1990er-Jahre - jetzt erzählt Opa vom Krieg - gab es einen Antrag des hessischen Landesverbandes. Man solle das Lied von Rudi Carrell "Wann wird's mal wieder richtig Sommer?" zur Hymne der Jungen Liberalen machen. Ich fand aber, dass man den Anspruch haben sollte, etwas Eigenes zu entwickeln. Dann habe ich einen Alternativantrag gestellt und eine Kommission - es ist kein Witz - aus Christian Lindner, Marco Buschmann und mir vorgeschlagen. Christian Lindner war damals auch sehr stark mit Musik insofern befasst, als er den JuLi-Wagen für die Loveparade organisierte. Von Marco Buschmann wusste ich auch, dass er Interesse an Musik hat. So ist die Idee gekommen, dass wir das dann machen, aber wir haben es zunächst schleifen lassen. Ich war zu der Zeit Ombudsmann des JuLi-Bundesverbandes und hatte damals die Aufgabe,

zu sehen, dass die Beschlüsse des Bundeskongresses auch in die Praxis umgesetzt werden.

Ein Jahr später auf dem BuKo habe ich dann einen ganz launigen Bericht über die Arbeit des Bundesvorstandes gehalten. Am Ende habe ich gesagt, dass noch eine Sache fehlt. Dann riefen alle: "Hymne, Hymne, Hymne!" Ich berichtete, dass wir noch keine Hymne haben, aber ich heute einen Textvorschlag dabei habe. Im Anschluss habe ich den Liedtext, den ich gereimt hatte, vorgetragen und es gab fünf Minuten stürmischen Beifall. Damit war das Ding quasi beschlossen. Anschließend hat sich Marco Buschmann der Sache angenommen und eine Melodie komponiert. Die fertige Hymne haben wir auf dem Bundeskongress in Eschborn im Jahr 2000 mit mehreren Leuten zum ersten Mal gesungen. Das war keine gute Idee, unser Gesang war grauenhaft. Marco hat dann aber zum Glück die segensreiche Eingebung gehabt, noch mal mit einem Kumpel ins Studio zu gehen, der es dann dort eingesungen hat. So war die JuLi-Hymne geboren. Ich freue mich natürlich immer noch, dass sich der Text bis heute gehalten hat.

Thomas Jobelius (18) ist stv. Kreisvorsitzender der JuLis Bonn und Chefredakteur des JULI-MAGAZINs. Ihr erreicht ihn unter thomas.jobelius@julis.de



EINBÜRGERUNGSFEIERN:Hendrik, lass die Korken knallen!

Die neue Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist da! Neben vielen anderen Änderungen enthält die Reform eine vergleichsweise kleine Änderung, über die viel zu wenig berichtet und geredet wird – **die Einbürgerungsfeiern.** Dabei ist es eben diese Änderung, die das Potenzial hat, unsere Einbürgerungskultur und unser Verhältnis zur Migration grundlegend zu erneuern und zu verbessern.

Wer sich jetzt denkt: "Kleiner hattest du es nicht für eine Feier", dem möchte ich sagen, es geht hier zwar auch um Gefühle, es geht aber auch um das fundamentale Verhältnis zu Deutschland als neu gewonnener Heimat und um staatsbürgerlichen Patriotismus. Patriotismus ist in Deutschland ein zu Unrecht unbeliebtes Konzept, Nationalstolz ist vielen irgendwie ein bisschen unangenehm. Daher überrascht es nicht, dass der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft bisher häufig ein nüchterner und langweiliger Verwaltungsakt im Hinterraum irgendeiner Behörde ist. Das spiegelt den Charme der deutschen Bürokratie zwar irgendwie wider, ist aber für die Einbürgerung unangemessen unsexy.

Die Staatsbürgerschaft ist der Erwerb aller Rechte und Pflichten, die es in Deutschland gibt, das vollkommene Ja zu unserem Land, unseren Werten und unserer Gesellschaft. Mit ihr geht das Königsrecht unserer freiheitlichdemokratischen Ordnung, das Wahlrecht, einher. Sie steht am Ende eines Prozesses, dem Lernen unserer Sprache, unserer Gesetze, unserer Werte und dem Beitragen zu unserer Volkswirtschaft. Und warum macht man diesen Prozess mit? Weil man sich für Deutschland entscheidet und Teil von ihm werden will. Deswegen muss die Form der Verleihung das auch ganz klar widerspiegeln - und

dafür sollte uns das Beste grade gut genug sein! Meiner Meinung nach ist daher Klotzen und nicht Kleckern angesagt. Ein volles Festund Galaprogramm ist dem Anlass nur angemessen und auch beim Festredner sollte man keine Einsparungen machen und der Ministerpräsident sollte möglichst selbst in Erscheinung treten. Mit Hendrik Wüst als einem der größten Grüßonkel sehe ich zumindest da aber gerade auch keine konkreten Probleme. Dazu dann noch ein feierliches Programm und ein gut ausgestattetes Buffet und das ein oder andere etwas teurere Getränk. Wenn wir die Verleihung der Staatsbürgerschaft dementsprechend ausgestaltet haben, erzeugen wir auch ein neues Verständnis für das Thema. Dieses Land freut sich, dass ihr ein Teil von ihm geworden seid, und möchte das gebührend mit euch feiern. Und ihr dürft auch gerne eure Arbeit zur Staatsbürgerschaft gebührend feiern und behaltet den Abend, neben eurem Abschlussball, euren Hochzeiten und Geburtstagen, hoffentlich als einen der schönsten eures Lebens im Gedächtnis. Wenn Deutschland ein erfolgreiches Einwanderungsland seien möchte, sollte es die emotionale Ebene nicht vergessen. Wir brauchen ein positives Narrativ, den berühmten "German Dream". Ich finde, wenn wir die Einbürgerungsfeiern wie beschrieben zelebrieren, dann

leisten wir auf der emotionalen Ebene einen wichtigen Schritt. Dann erzeugen wir ein neues weltoffenes Nationalbewusstsein und schaffen die notwendige Einwanderungskultur, die neben dem rechtlichen Rahmen der Grundbaustein für erfolgreiche Einwanderung ist. Deshalb sage ich: Lasst die Schampuskorken knallen und lasst uns anstoßen auf jeden Menschen, der sich dazu entscheidet, Staatsbürger zu werden.

(22) ist Kreisvorsitzender der JuLis Herne. Er studiert Jura an der Ruhr-Universität Bochum und ist für jede innen- und rechtspoliti-

Moritz Ritterswürden

sche Debatte zu begeistern. Erreichen könnt ihr ihn unter moritz. ritterswuerden@julis.de



WIR HÄTTEN SO VIEL POTENZIAL...

INTERVIEW MIT FARDAD **HOOGHOUGHI. VORSITZENDER DER LIBERALEN VIELFALT NRW**

Die Liberale Vielfalt ist ein Netzwerk und eine Plattform für Liberale mit "Migrationshintergrund, in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Menschen, die sich für die Themen, die diese drei Gruppen betreffen, einsetzen" (Website). Es gibt neben dem Bundesverband, der ca. 250 Mitglieder hat, bisher sieben Landesverbände. einen davon in NRW. Auf dem letzten Bundeskongress der FDP hat sich der Verband als Vorfeldorganisation beworben. Zwar waren 70 % der dazu abgegebenen Stimmen positiv, es fehlten allerdings 18 Stimmen für das nötige Quorum, sodass die Aufnahme dieses Mal leider scheiterte.

Behrend: Fardad, ganz direkt zum Einstieg: Warum braucht es die Liberale Vielfalt?

Hooghoughi: Wenn man in einen LaKo-Saal oder einen FDP-Kreisparteitag guckt und dann in eine Innenstadt in NRW geht, dann sind wir als Partei und als Jugendorganisation oft einfach nicht repräsentativ. Viele Menschen mit Migrationshintergrund gründen in Deutschland, sie machen mittlerweile über 20 % der Gründenden aus. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte wissen auch besonders um den Wert der Freiheit. Diesen Menschen haben wir Liberalen viel zu bieten. Die schätzen unsere Steuerpolitik und unsere Wertschätzung einer freien Gesellschaft. Wir erreichen aber viele dieser Menschen noch nicht, und daran wollen wir als Liberale Vielfalt arbeiten.

B: Wo siehst du den Fokus der Arbeit der Liberalen Vielfalt?

H: Wir Liberalen wollen ja, also so denke ich zumindest, ein herkunftsunabhängiges Aufstiegsversprechen erreichen. Und da sind wir in Deutschland klar noch nicht. Das müssen wir anerkennen und von dieser Erkenntnis aus weiterarbeiten. Dieses Grundverständnis, diese Sensibilität wollen wir in die liberale Familie hineintragen.

Lass mich ein Beispiel nennen: Wir müssen Abschiebung als Thema behandeln, es ist eine Maßnahme, die in bestimmten Situationen notwendig wird. Wenn wir allerdings bei programmatischen Diskussionen zum Wahlprogramm beim Thema Migration und Integration mit dem Thema Abschiebung beginnen, halte ich das für weniger feinfühlig. Nur weil es mit A beginnt, muss es nicht am Anfang sein wir brauchen Leute. die die Sensibilität aufweisen, so was in Zukunft zu vermeiden. Wir wollen als Liberale Vielfalt Personen sein, die auf Themen hinweisen

B: Woran fehlt es den JuLis im Bezug auf Sensibilität?

H: Ich glaube, dass es in der FDP vielleicht an mehr fehlt, ehrlicherweise, aber wir sollten uns alle immer wieder und immer mehr fragen: Welche Begriffe verwenden wir?

Und dabei geht es nicht um Sprachpolizei. Es geht aber darum, zu verstehen, welcher Begriff was meint, wie Begriffe entstanden sind und welche Konnotationen mit ihnen einhergehen. Ich sehe hier auch eine Mission von uns als Liberaler Vielfalt. Ich will, dass wir aufklären und in der passenden Verwendung von Begriffen einen Mehrwert bieten.



B: Hast du ein Beispiel eines Begriffs für uns, der deiner Einschätzung nach oft nicht gut genug durchdacht verwendet wird?

H: Ich finde den Begriff Zuwanderung spannend. Er wird zum Teil als Synonym für Migration und Einwanderung verwendet. Dabei gibt es einen Unterschied, Zuwanderung ist temporär, man geht davon aus, dass diese Menschen auch wieder auswandern, und nicht einwandern.

B: Was sind deine wichtigsten Forderungen für eine liberale Migrationspolitik?

H: Wir müssen uns mit dem Konzept "Duldung" auseinandersetzen. Wie wollen wir erwarten, dass Menschen arbeiten, studieren, sich ein Leben aufbauen, wenn sie alle paar Monate zu einem Amt hintrotten müssen, in ständiger Angst, dass ihr Aufenthaltsstatus nicht verlängert wird.

H: Liberale Migrationspolitik grenzt sich von konservativer dahingehend ab, dass wir den Grundsatz haben, Einwanderung als Bereicherung und Chance zu begreifen. Von Parteien wie SPD und Grünen grenzen wir uns so ab, dass wir trotzdem auch Probleme wie Parallelgesellschaften ansprechen und daran arbeiten wollen.

B: Was hältst du von einem Punktesystem nach kanadischen Vorbild?

H: Die Liberale Vielfalt begrüßt die FDP-Forderung nach einem Punktesystem. Uns steht eine demografische Katastrophe bevor, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen Fachkräfte, ohne Fachkräfte geht es nicht weiter. Und da muss es eine Erleichterung der gezielten Einwanderung in diese Richtung geben. Das ist aus meiner Sicht unabdingbar.

Infokasten: Punktesystem

1967 führte die kanadische Regierung ein Punktesystem zur Einwanderung ein. Es bedenkt Kriterien wie Ausbildung, berufliche Qualifikationen, Sprachfähigkeit und Arbeitserfahrung. Diese werden dann in einem Punktesystem zusammengefasst. Aktuell braucht es 67 von 100 Punkten, um nach Kanada einzuwandern.

Sina ist Chefredakteurin des Magazins und lebt aktuell in Prag. Ihr erreicht sie unter Sina.

behrend@julis.de



OFFENE GESELLSCHAFTEN, OFFENE HERZEN

Über Poppers Idee und eine besondere Lebenseinstellung

"Aber wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse und ins Unsichere weiterschreiten; wir müssen die Vernunft benutzen, die uns gegeben ist, um, so gut wir es eben können, für beides zu planen: für Sicherheit und Freiheit." Mit diesem großartigen Satz endet Karl Popper den ersten Band seines wahrscheinlich schönsten Werkes "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde". Karl Popper und seine Theorie der offenen Gesellschaft sind auch heute, viele Jahrzehnte nach der Veröffentlichung, noch äußerst relevant. Poppers Werk wurde in den 1940er-Jahren veröffentlicht und basiert auf seinen kritischen Auseinandersetzungen mit totalitären Regimen wie dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus und ihren vorangegangenen Denkschulen. Poppers Ideen sind zeitlos und
bieten wichtige Einsichten für die
heutige Zeit, in der autoritäre und
kollektivistische Tendenzen
wieder an Bedeutung gewinnen – auf der Welt,

aber auch hier.

DIE OFFENE GESELLSCHAFT ALS POLITISCHES KONZEPT

Die offene Gesellschaft ist ein politisches Konzept, das auf den Prinzipien der Freiheit, Toleranz und der Partizipation des Einzelnen am Gemeinwesen basiert. Popper argumentiert, dass eine Gesellschaft dann am besten funktioniert, wenn sie pluralistisch ist und verschiedene Meinungen, Weltanschauungen und ganz viele unterschiedliche Menschen zulässt. In einer offenen Gesellschaft haben die Menschen das Recht, ihre Meinungen frei zu äußern und zu verteidigen und vor allem ihr Leben auf unterschiedlichste Art und Weise zu leben. Es besteht keine ideologische oder intellektuelle Vorherrschaft einer einzelnen Gruppe oder Partei - und wenn diese herrschen, werden sie immer wieder neu aufgebrochen. Die offene Gesellschaft ist

die systematisierte Dynamik und das Gegenteil von bestandwahrender Bourgeoisie. Darüber hinaus ist die offene Gesellschaft ein Gegenentwurf zu kollektivistischen und damit immer intoleranten Ideologien. Popper betonte, dass wir uns gegen Ideen wehren sollten, die Intoleranz und Unterdrückung fördern: "Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren." Poppers offene Gesellschaft steht damit klar an einem Pol im Kampf der gesellschaftlichen Systeme. Und zwar an dem Pol, für den es sich zu kämpfen lohnt: für Freiheit. Offenheit und individuelle Menschenrechte. Dabei müssen die Grenzen der Toleranz vor allem zivilgesellschaftlich ausgelotet werden. Den Staat über Toleranz entscheiden zu lassen, führt zwangsläufig immer zu weniger Toleranz.

DIE OFFENE GESELLSCHAFT ALS

LEBENSEINSTELLUNG der Akzeptanz von

Ein wesentlicher Aspekt der offenen Gesellschaft ist die Haltung gegenüber Fremden und An-

dersartigen. Popper betonte die Bedeutung eines offenen Herzens und Vielfalt. In dem besprochenen Werk argumentiert er, dass wir Fremden grundsätzlich mit Offenheit und Toleranz begegnen sollten. Indem wir Fremden mit Neugier und Respekt begegnen, haben wir die Möglichkeit, voneinander zu lernen und unser Verständnis zu erweitern. Liberale sind deshalb aus Gründen der Freiheit. Menschenliebe, des Fortschritts und des Wissens um die eigene Begrenztheit neugierig auf Neues und damit auf fremde Menschen. Es ist wichtig, anzuerkennen, dass die Haltung des offenen Herzens gegenüber Fremden nicht immer einfach ist. Es erfordert Anstrengung, Reflexion und den Mut, eigene Vorurteile zu überwinden. Aber es ist eine Haltung, die uns als Gesellschaft voranbringt und uns ermöglicht, die Chancen zu nutzen, die sich aus der Begegnung

mit Fremden ergeben - denn diese sind mannigfaltig. Es erfordert Überwindung, sich in unbekannte Situationen zu begeben und sich auf neue Ideen einzulassen. Manchmal müssen wir unsere eigenen Vorstellungen und Überzeugungen überdenken. Aber diese Herausforderungen sind Teil des wirtschaftlichen Wachstums, gesellschaftlichen Vorankommens und der individuellen Entwicklung - all das ermöglicht grundsätzlich Offenheit. In einer Zeit, in der nach äußeren Umständen trennende Bewegungen in vielen Gesellschaften an Einfluss gewinnen, ist die Haltung der offenen Gesellschaft und des offenen Herzens gegenüber Fremden von großer Relevanz. Sie erinnert uns daran, dass wir die Menschlichkeit über die Unterschiede stellen sollten und dass unsere Gemeinschaft stärker wird, wenn wir uns für die offene Gesellschaft einsetzen.

LIBERALER OPTIMISMUS

Die Idee der offenen Gesellschaft hängt darüber hinaus untrennbar mit einem prinzipiellen Optimismus zusammen. Wer glaubt, dass freie Menschen in einer offenen Gesellschaftsordnung miteinander kooperieren können und antisoziale Urinstinkte überwinden können, glaubt auch, dass sie im Austausch miteinander fortschreiten und Wohlstand schaffen - und damit daran, dass die Zukunft immer besser wird. Der liberale Optimismus ist dabei eng mit der Idee des sozialen Fortschritts verbunden. Es geht nicht nur um individuelles Glück, sondern auch darum, eine ge-

rechtere und prosperierende Gesellschaft zu schaffen. Der liberale Optimismus ermutigt zu sozialem Engagement, Solidarität und der Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl. Er geht davon aus, dass ein starkes Gemeinwesen entsteht, wenn Menschen die Freiheit haben, ihre Talente zu nutzen und gleichzeitig ihre Mitmenschen zu unterstützen. Insgesamt bleibt Poppers Konzept der offenen Gesellschaft eine tolle Quelle der Inspiration und ein Appell an unsere freiheitlichen Grundwerte. Es erinnert uns daran, dass wir uns für Freiheit. Toleranz und kritische Vernunft einsetzen müssen, um

eine gerechte, also freiheitliche, und fortschrittliche Gesellschaft zu schaffen und zu bewahren. Gerade in einer Zeit, in der die Grundlagen des freien Zusammenlebens angefochten werden, sollten wir uns an Poppers Lehren erinnern und uns aktiv für eine offene Gesellschaft einsetzen. Und dabei das bleiben, was Popper einmal über sich selbst sagte: "Gewissermaßen bin ich ein wilder Optimist."

Torben Hundsdörfer (19) ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe und Freund von freien Märkten, offenen Gesellschaften, der spontanen Ordnung und mutigem Optimismus. Wer das anders sieht, kann sich unter torbenhundsdoerfer@ julis.de streiten.

"Abschiebebeauftragter"

Stamp oder doch viel mehr? Zur Zukunft zur Asylpolitik

Seit dem 1. Februar dieses Jahres ist der liberale und ehemalige nordrhein-westfälische Integrationsminister Joachim Stamp neuer sogenannter Beauftragter für Migrationsabkommen der Bundesregierung. Auch wenn diese neu geschaffene Stelle für einige auf den ersten Blick den Eindruck eines "Versorgungspostens" für einen verdienten Politiker machen dürfte und Stamp von einem Teil der Medienlandschaft als "Abschiebebeauftragter" gebrandmarkt wurde, könnte er in seiner neuen Rolle einen (liberalen) Paradigmenwechsel in der Asylpolitik einläuten.

Die Grundprinzipien einer liberalen Asylpolitik

Um das zu verstehen, müssen wir uns zuerst einmal die Frage stellen, was eigentlich Grundprinzipien liberaler Asylpolitik sein könnten. Dabei möchte ich mich auf Gerald Knaus beziehen, Migrationsforscher und enger Berater Stamps. Denn Knaus entwickelte Ideen für eine Asylpolitik, die das liberale Prinzip der Weltoffenheit und Kontrolle, also der Achtung der Menschenwürde einerseits und der geregelten Einwanderung andererseits erstaunlich gut konkretisieren. Grundlage seiner Ideen ist das Prinzip "no inhumane borders". Einerseits sei Asvl eine zivilisatorische Errungenschaft, die verteidigt und insbesondere von Europa hochgehalten werden solle. Andererseits bestehe die Mehrheit der Bevölkerung auf einer geregelten und kontrollierten Einwanderung. Schlussfolgernd würden die beiden Radikallösungen "no borders, no nations" und "Festung Europa" schon im Ansatz ausscheiden. Dabei gebe es laut Knaus vier Knackpunkte einer erfolgreichen Asylpolitik: schnelle und faire Asylverfahren, Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern, legale Fluchtrouten und eine darauf aufbauende Seenotrettung.

Der Knackpunkt Abkommen

Nun nimmt Joachim Stamp bei einem dieser Knackpunkte eine entscheidende Rolle ein: Er soll es endlich schaffen. Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern zu schmieden. Für was und warum sind diese Abkommen so wichtig? Ohne die Erlaubnis eines Herkunftslandes kann man so oft auf den Boden stampfen, wie man möchte: Abschiebungen sind erst einmal nicht möglich. Dieser Sachverhalt ist einer der zentralen Gründe, warum so viele Menschen so enttäuscht von der deutschen Asylpolitik sind. Menschen bleiben im Land, obwohl sie das eigentlich nicht sollten. Sie werden lediglich geduldet, was in der Folge weitere Integrationsprobleme mit sich bringt. Wenn man es nun schaffen würde, mit den Herkunftsländern Abkommen zu besiegeln, mit denen deren abgelehnte Staatsbürger im Gegenzug für gewisse Gegenleistungen zurückgeführt werden können, könnte man ein zentrales Problem der deutschen Asylpolitik drastisch reduzieren. Nun gibt es jedoch auch noch ein zweites Anwendungsfeld von solchen Abkommen, die vor allem

etwas mit den gefährlichen Fluchtrouten der Flüchtenden zu tun haben. Anstatt flüchtende Menschen auf gefährliche Fluchtwege zu schicken, in denen sie Wüsten und das Mittelmeer durch- bzw. überqueren müssen, könnte man ihr Asylgesuch schon in sicheren Transitländern prüfen. Wenn ein Asylgrund vorliegt, könnte man dann über legale und sichere Fluchtrouten diese Menschen nach Europa bringen. Diese Idee ist nicht neu, es gibt historische Beispiele: Ende der 70er-Jahre schlossen Australien und die malaysische Regierung ein Abkommen, durch das Malaysia zu einem solchen Transitland wurde. Ende der 80er-Jahre errichtete der UNHCR in Südasien Zentren, die schon dort prüften, ob vietnamesische Flüchtende schutzbedürftig waren. Wenn dies der Fall war. wurden sie in sichere Drittstaaten verteilt. Diese Lösungen reduzierten die illegale Migration und vor allem das Sterben auf der Flucht drastisch.

Das englisch-ruandische Abschiebeabkommen

Jedoch darf man die oben genannten Ideen nicht mit dem Abschiebeabkommen zwischen Großbritannien und Ruanda verwechseln, an das sich nun manch einer erinnert fühlen dürfte. Kern dieses Abkommens ist, dass Flüchtende, die über den Ärmelkanal illegal nach Großbritannien gelangen, nach Ruanda gebracht werden und dort die Möglichkeit erhalten, einen Asylantrag zu stellen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist

nicht vorgesehen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der dem Europarat anhängig und somit nach dem Brexit weiterhin für Großbritannien zuständig ist, stoppte mittels einer einstweiligen Maßnahme nach Art. 39 EMRK den ersten Abschiebeflug vergangenen Juli. Seitdem wurde Stand Februar kein einziger Abschiebeflug durchgeführt, auch wenn der britische High Court diese Praxis im Grundsatz gebilligt hat. Das englisch-ruandische Abkommen zielt auf Abschreckung ab. Flüchtende sollen nicht die Möglichkeit bekommen, in Großbritannien einen Asylantrag zu stellen. Knaus' Ideen laufen dem zuwider. Ziel ist nicht Abschreckung, sondern geordnete Verfahren sowie legale und sichere Fluchtrouten. Wenn man sich die Begründung dieser einstweiligen Maßnahme des EGMR genauer anschaut, erkennt man erste Voraussetzungen, die einem solchen bilateralen Abkommen gesetzt sind. Konkret müsse das Transitland ein sicherer Drittstaat sein. es brauche dort faire und effiziente Verfahren und die dortigen

Verhältnisse müssten den europäischen Menschenrechtsstandards entsprechen. Die Auswahl an potenziellen Transitländern ist somit dünn.

"Abschiebebeauftragter" Stamp?

Doch auch wenn die Voraussetzungen (zu Recht) streng sind und die Umsetzung zugegebenermaßen schwierig werden dürfte, greift es viel zu kurz, und damit komme ich auf die Ursprungsfrage des Titels zurück, Joachim Stamp die Rolle eines "Abschiebebeauftragten" zuzuschreiben, so wie es einige Medienhäuser getan haben. Zwar könnte man über Stamps bzw. Knaus' Ansatz das zentrale Problem der deutschen Asylpolitik lösen, nämlich die nicht durchgeführten Abschiebungen. Jedoch verbirgt sich hinter der neuen Rolle des Beauftragten für Migrationsabkommen vor allem die Chance auf eine regelrechte Wende in der Asylpolitik. Und die ist wichtig. Erst durch die gnadenlose Überforderung der Bundesregierung im Zeitraum der großen Flüchtlingsbewegung in den Jahren 2015 und

folgenden konnte die sogenannte Alternative für Deutschland wieder Kraft tanken und in Schwung kommen. Rechtsradikale Kräfte bekämpft man ausdrücklich nicht durch die Vernachlässigung und Beschimpfung derer Wählerinnen und Wähler, sondern indem man die Sorgen der Menschen ernst nimmt und Probleme löst. Diese Probleme dürfen aber eben auch nicht nur kaschiert werden, so wie es bisher getan wurde. Ja, wir haben mittlerweile schnellere und effizientere Asylverfahren, aber was bringen uns schnelle Asylverfahren, wenn abgelehnte Asylsuchende sowieso das Land nicht verlassen? Ja. wir dürfen Flüchtende im Mittelmeer nicht ertrinken lassen, aber welche nachhaltige Lösung bietet Seenotrettung als solche, wenn Flüchtende gezwungen sind, diesen lebensgefährlichen Fluchtweg überhaupt auf sich zu nehmen? Wir müssen an die Wurzeln des Problems ran: Ich wünsche Joachim Stamp dabei viel Erfolg!

Carlo Hörmandinger



REFORM DES EINBÜRGERUNGSTESTS

Der Einbürgerungstest ist ein wichtiges Element des Einbürgerungsverfahrens in Deutschland. Er soll dazu dienen, das Wissen und Verständnis der potenziellen Einbürgerungskandidaten über die deutsche Gesellschaft, Geschichte, Politik und Rechtsordnung zu überprüfen.

Der aktuelle Einbürgerungstest besteht aus einem schriftlichen Multiple-Choice-Test mit 33 Fragen, die in deutscher Sprache gestellt werden. Um den Test zu bestehen, müssen die Kandidaten mindestens 17 von 33 Fragen richtig beantworten.

Im Dezember 2015 kam ich als Geflüchteter aus Syrien nach Deutschland und ich musste vor meiner Einbürgerung im Jahr 2022 den Einbürgerungstest ablegen. Ich persönlich finde die bisherige Version des Tests schlecht, da sie meiner Meinung nach zu theoretisch und bürokratisch ist. Die Fragen können auswendig gelernt werden und das gewollte Verständnis spielt keine Rolle. Deshalb soll der Einbürgerungstest in Deutschland reformiert werden. um ihn gerechter, praxisorientierter und integrationsfördernder zu gestalten.

Die Reform des Einbürgerungstests zielt darauf ab, den Testinhalt relevanter für den Alltag in Deutschland zu machen. Die Aufnahme von Themen wie dem deutschen Rechtssystem, politischen Strukturen, Geschichte und Kultur soll den Einbürgerungswilligen ein besseres Verständnis für die deutsche Gesellschaft vermitteln und ihre aktive Teilnahme am gesell-

schaftlichen Leben fördern. Indem der Test praxisnäher gestaltet wird, sollen die Einbürgerungswilligen besser auf die Anforderungen des täglichen Lebens in Deutschland vorbereitet werden.

Ein entscheidender Schritt bei der Reform ist meiner Meinung nach die Einführung eines mündlichen Teils des Einbürgerungstests. Der aktuelle Test wird ausschließlich schriftlich abgelegt, was nicht immer die sprachlichen Fähigkeiten und die mündliche Kommunikation der Einbürgerungswilligen widerspiegeln kann. Durch den mündlichen Teil können die Prüfer die Sprachkenntnisse und die Fähigkeit zur verbalen Kommunikation besser beurteilen. Alltagsnahe Situationen im Test ermöglichen es den Einbürgerungswilligen zudem, ihre Sprachkenntnisse praktisch anzuwenden. Es ist hier zu erwähnen, dass die Jungen Liberalen sich auf dem letzten Bundeskongress für eine Reform des Einbürgerungstests ausgesprochen haben.

Eine Reform des Einbürgerungstests in Deutschland betrachte

ich als einen Schritt in die richtige Richtung, um die Integration von Einwanderern zu erleichtern und ihnen eine bessere Chance auf Einbürgerung zu geben. Durch den praxisnäheren und gerechteren Testinhalt sowie die Berücksichtigung von mündlichen Fähigkeiten können Einbürgerungswillige besser zeigen, dass sie über das notwendige Wissen, das Verständnis und die Fähigkeiten verfügen, um ein aktiver Teil der deutschen Gesellschaft zu sein. Die Reform des Einbürgerungstests stellt somit einen wichtigen Schritt dar, um die Integration von Einwanderern zu fördern.

Ali Abo-Hamoud (27)
lebt seit 7 Jahren in
Deutschland im Oberharz und ist Freiberufler.

Er ist auch Vorsitzender des Bundesarbeitskreises für Migration und Integration bei den JuLis.

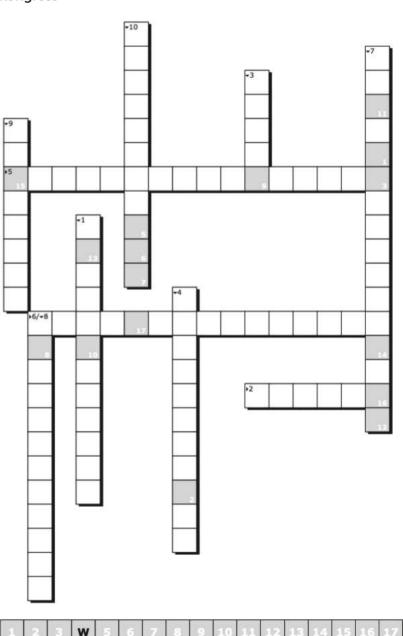


TESTE DEIN WISSEN ZUM THEMA MIGRATION UND GEWINNE EIN TICKET FÜR DIE NÄCHSTE LAKO-PARTY!

Hier kannst du dein Wissen zum Thema Migration testen. Schicke uns das Lösungswort und deinen Namen bis 31.08.2023 per Mail an julimagazin@ julis-nrw.de und sichere dir die Chance auf eines von drei Party-Tickets für den 100. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW.

Wir losen die Gewinner rechtzeitig vor dem nächsten Kongress aus. Viel Erfolg!

- Menschen, die in ein anderes Land eingereist sind und einen Antrag auf ihre Anerkennung als Flüchtlinge gestellt haben
- Verfahren, nach dem geprüft wird, welcher europäische Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylverfahrens zuständig ist
- 3. Abkürzung des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen
- 4. Eingliederung einer Gruppe in eine Gesellschaft
- Ein- bzw. Auswanderung von Personen mit dem Ziel, in einem anderen als ihrem Herkunftsland erwerbstätig zu werden
- (Ugs.:) Auflage, wonach sich Asylbewerber und Geduldete nur in einem ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbereich in Deutschland bewegen dürfen
- Person, die ihren Heimatort verlassen, aber keine Staatsgrenze überschritten hat
- Fachbegriff für die dauerhafte Umsiedlung von besonders gefährdeten und schutzbedürftigen Flüchtlingen von einem Erstaufnahmeland in einen aufnahmebereiten Drittstaat
- Gruppe von Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen haben und über mehrere fremde Regionen verstreut wurden
- 10. Durchreiseland für Geflüchtete



FLUCHT UND MIGRATION

EINE HERAUSFORDERUNG IM GLOBALEN KONTEXT

In unserer globalisierten Welt ist die Überwindung von nationalen und kontinentalen Grenzen zu einem untrennbaren Bestandteil geworden. Deutschland ist dabei zu einem der Hauptzielländer für Einwanderer in Europa geworden, angezogen von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, der politischen Stabilität und dem relativ großzügigen Asylrecht. Neben den Chancen, die Einwanderung zweifellos bietet, stellt sich jedoch auch die Frage nach der sozialen Integration, die maßgeblich von kulturellen Unterschieden, Sprachbarrieren und divergierenden Wertvorstellungen bestimmt wird.

Der Unterschied zwischen Flüchtlingen und Migranten

Obgleich die Begriffe Flüchtling und Migrant in der politischen und gesellschaftlichen Debatte oft synonym verwendet werden, besteht inhaltlich ein entscheidender Unterschied: Migranten sind Menschen, die freiwillig und aus eigener Initiative heraus in ein anderes Land gehen, um dort bessere Lebensperspektiven zu suchen. Sie suchen oft bessere Arbeits- oder Bildungsmöglichkeiten oder ziehen zu ihren Familien, die bereits in einem anderen Land leben. Im Gegensatz dazu fliehen Flüchtlinge aus der begründeten Furcht vor Verfolgung, z.B. aufgrund ihrer politischen oder religiösen Überzeugung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe. Auch die Flucht aufgrund eines Krieges wird nach überwiegender Auffassung vom Flüchtlingsbegriff umfasst. Flüchtlinge haben mithin – im Gegensatz zu Migranten – oft keine andere Wahl, als ihr eigenes Land zu verlassen, um ihr Leben zu retten. Wer jedoch "nur" aufgrund von Armut und sozialer Perspektivlosigkeit sein Land verlässt, ist rechtlich folglich Migrant, nicht aber Flüchtling.

Asyl ist humanitäre Verantwortung

Die Gewährung von Asyl ist ein Grundrecht (Art. 16a Grundgesetz) und auch völkerrechtlich verpflichtend. Anspruch auf Asyl hat aber nur, wer politisch verfolgt wird, also wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung der begründeten Furcht vor Verfolgung ausgesetzt ist. Demgegenüber besitzen Migranten rechtlich einen solchen Schutzanspruch nicht. Es ist also eine moralische Frage, ob und inwieweit man persönlich und politisch auch die sog. "Armutsmigration" als schutzwürdigen Fluchtgrund anerkennt. Wenn man ausgehend von den Bildern des ehemaligen Flüchtlingslagers Moria auf Lesbos argumentiert - in welchem Flüchtlinge und Migranten gemeinsam unter menschenunwürdigen Bedingungen gelebt haben -, so könnte man sich auf den Standpunkt stellen, ob eine solche Situation die Grenzen zwischen dem Migrations- und Flüchtlingsbegriff nicht vollends verschwimmen lässt. Wie viel Würde hat ein Leben in absoluter Armut noch? Haben wir

als eines der reichsten Länder der Welt nicht die moralische Pflicht, Menschen in wirtschaftlicher Not aufzunehmen und ihnen Schutz und Perspektive zu bieten? Auf der anderen Seite ist die Differenzierung zwischen Flucht und Migration nicht willkürlich gewählt. Es ist die primäre Verantwortung eines jeden Staates, den Wohlstand und das Wohlergehen seiner Bürger zu fördern und nachhaltig zu sichern. Um die Notwendigkeit von Armutsmigration zu verringern, ist es deshalb wichtig, in die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Herkunftsländer zu investieren. Demgegenüber finden sich Flüchtlinge regelmäßig in den Trümmern eines zusammengebrochenen Staates wieder, sodass keine andere Möglichkeit mehr besteht, als diesen Menschen in unserem Land Schutz und Obhut zu gewähren. In Abhängigkeit der Perspektive in den Herkunftsländern ist es dann auch unsere Pflicht, diesen Menschen den Prozess der sozialen Integration zu erleichtern. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Sie erfordert auch – bei aller Wahrung von kultureller Vielfalt - eine gewisse Bereitschaft zur Assimilation.

Paul Stommel (21) studiert Jura und ist Mitglied der Jungen Liberalen & FDP im Rhein-Sieg-Kreis. Ihr erreicht ihn unter paulstommel@gmx.de

Mein Weg nach Deutschland

Das Thema "Migration" ist ein Fass ohne Boden – kompliziert, vielseitig und spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 das Thema Nummer eins für Populisten und Polarisierung, Hier mein Kommentar und Einblick als Migrant.

Meine Ceschichte

Im August 2015 kam ich aus Polen nach Deutschland. Meine Eltern entschieden sich damals, nach mehr als dem Mindesten zu streben und in das (damals noch) lukrative Deutschland auszuwandern. Damals wurde ich in die 3. Klasse geschickt und lebe seitdem in Südwestfalen. In wenigen Tagen bekomme ich meinen Abschluss. Ich gehe hier zur Schule und meine Eltern arbeiten beide im Handwerk. Eine Geschichte wie unsere ist eigentlich das, was man sich von Migranten wünscht - ein Beitrag zu Wohlstand und Integration, doch leider ist es in vielen Fällen nicht so...

Flüchillinge

Je nach Quelle sind ca. 50-60% der seit 2015 zugewanderten Flüchtlinge immer noch nicht integriert und auf soziale Hilfen angewiesen. Das ist ein sozialer und ökonomischer Totalschaden, inzwischen kann man von einem totgerittenen Pferd sprechen, doch dieses Pferd läuft immer noch. Es ist das gute Recht eines jeden Menschen, sein Leben und die Leben seiner Mitmenschen zu schützen und vor Krieg zu fliehen. Es ist für mich aber auch mit Bedingungen verbunden: Trage zum Wohlstand und zum Leben in Deutschland bei. Gehe arbeiten, wenn du es kannst. Auch du kannst vom Wohlstand was haben, auch du gehörst nun zu unserer Gesellschaft. Aber arbeite an diesem Wohlstand mit. Für mich als ein Kind hart arbeitender Migranten komme ich mir wortwörtlich verarscht vor, wenn meine Eltern trotz ihrer systemrelevanten Berufe einen sehr großen Teil ihrer Löhne an den Staat abgeben müssen, während bis heute etwa 1,2 bis 1,4 Millionen Flüchtlinge unter anderem von ihren Sozialabgaben für ihr Nichtstun bezahlt werden. Arno Dübel 1,4 Millionen Mal quasi. Die Asylausgaben 2015 bis heute betragen laut dem Focus mindestens 43,25 Milliarden Euro, in den weiteren vier Jahren kommen 80 Mrd. Euro dazu, d.h., die Summe beträgt also mindestens 123,25 Milliarden Euro. Es ist eine astronomisch hohe Zahl, die man deutlich geringer hätte halten können, z.B. durch Integration und Anreize zum Arbeiten. Zum Großteil handelt es sich um junge Männer, vor allem sie können arbeiten gehen. Andererseits muss gesagt werden, dass es für eine Person ohne Sprachkenntnisse durchaus schwer ist, die deutsche Bürokratie zu überwinden und die Stelle zu bekommen.

Integration

Integration in die Gesellschaft ist ein riesiger Bereich und ein Fass ohne Boden, doch wir können uns darauf einigen, dass die Integration in den Arbeitsmarkt der Grundstein für die Integration und das Leben in Deutschland ist. Arbeit kann auch ein Startgeber für das soziale Leben in Deutschland sein, indem der ausländische Arbeiter Kontakte mit anderen Arbeitern knüpft. Menschen, die sich sozial einbringen, werden nach dem neuen Einwanderungsgesetz absolut zu Recht mit der schnelleren Einbürgerung belohnt. Selbst bei der deutschen Bevölkerung wird soziales Engagement immer unbeliebter, daher ist Ehrenamt und soziales Engagement bei Zugezogenen zu loben und hoch anzusehen. Straftätern muss konsequent eine Ausreisepflicht verhängt werden, für Straftäter, egal welcher Herkunft, gibt es in Deutschland schlicht keinen Platz. Basta.

Doch das sind Geschichten für Erwachsene - Kinder und Jugendliche müssen genauso, bzw. umso mehr, integriert werden! Inklusion schafft man vor allem durch Bildung im jungen Alter. Sprachbarrieren müssen überwunden werden, deshalb wünsche ich jedem Migrantenkind dasselbe Glück, das ich hatte. Ich wurde individuell von einer Fachkraft gefördert und das hat verdammt viel geholfen, denn zusammen konnten wir Schwachstellen erkennen und sie beseitigen. So habe ich nach zwei Jahren akzent- und beinahe fehlerfrei Deutsch sprechen können. Umso weniger habe ich Verständnis dafür, dass es Menschen gibt, die nach Jahrzehnten in Deutschland immer noch kein richtiges Deutsch sprechen, dadurch entstehen auch Vorurteile und der Rassismus wird gefördert. Sprachkenntnisse sind etwas, wo jedem Migranten und jeder Mig-

rantin hürdenfrei geholfen werden muss, denn die Sprache ist eine absolute Existenzgrundlage. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es nicht selten mit Benachteiligung und unbequemen Situationen zu tun, sei es in der Schule oder beim Bewerbungsgespräch. Der (potenzielle) Arbeitgeber sieht, dass man nicht Schmidt, Fischer oder Schneider heißt, und schon wird gefragt: "Herr Slowik, wo kommen Sie denn eigentlich her?" Solche Situationen sind oftmals schlicht unangenehm, denn man bekommt das Gefühl, durch seine Nationalität anders angesehen zu werden - obwohl man vor allem als Kind/Jugendlicher keinen Einfluss auf die Migration nehmen kann. Klingt banal, ist aber für die Betroffenen oft (sehr) unangenehm.

"Fremce Zivilizationan"

Helmut Schmidt sagte bei Sandra Maischberger: "Zuwanderung aus den fremden Zivilisationen schafft mehr Probleme, als es auf dem Arbeitsmarkt an positiven Faktoren bringen kann. Zuwanderung aus verwandten Zivilisationen, z.B. aus Polen, ist problemlos. (...) Es fängt an bei etwas östlicheren Gegenden, z.B. Zuwanderung aus Anatolien ist nicht ganz problemlos, Zuwanderung aus Afghanistan bringt erhebliche Probleme mit sich. (...) Es sind andere Zivilisationen." Begründet ist das nicht mit ihren Genen, ihrer Abstammung oder Hauptfarbe. Sie wachsen dennoch in anderen Kulturen auf. sie richten sich nach anderen Prinzipien und Werten. Auch wenn die Wortwahl für heutige Verhältnisse durchaus hart erscheint, ist die Botschaft wie auch die Faktenlage

richtig. Menschen, die nicht mit europäischen/westlichen Werten aufwuchsen, sind kulturell einfach anders (ohne Anführungszeichen), sie kennen es meist nicht anders, als wie es in ihren Heimatländern so ist. Damit ist für mich die innereuropäische Migration per se sinnvoller und besser, denn mit anderen europäischen Ländern teilen wir ähnliche bzw. gleiche Werte und man stärkt somit die europäische Wirtschaft. Europäer sind als eine gesamte Zivilisation zu werten und innerhalb dieser Zivilisation kommen wir miteinander sehr gut klar; mischt man diese, so kann das einen Pulverfasseffekt haben, so wie bei den Silvesterkrawallen, die ein reines Integrationsversagen waren. Eine liberale, offene Gesellschaft sieht Platz für Diversität vor, doch ich möchte an dieser Stelle offen und polarisierend fragen: Wie viel Diversität ist gesund? Wann ist Schluss? Selbstverständlich bleibt jedoch, dass andere Zivilisationen nicht untergebildet oder dergleichen sind. Auch sie sind ein Teil der deutschen Gesellschaft und als das müssen sie von allen anerkannt werden.

Insgesamt sollte man aktuell den Fokus auf Fachkräfte legen, denn sie sind sehr wertvoll. Sie bringen Fähigkeiten und das Know-how mit, sie können mit der Arbeit schnell anfangen.

न्धियी

In Deutschland gibt es Verbesserungsbedarf: Die Migration muss individueller und viel geordneter laufen. Deutschland leidet schon lange und massiv unter irregulärer Einwanderung durch Menschen,

die nichts zu Deutschland beitragen. Diese Menschen sollten schnell und konsequent nach Hause geschickt werden, dafür müssen Fachkräfte schneller und leichter rein.

Würde man die Asylausgaben kürzen, könnte man die Einkommenssteuer für die unteren 50 % der Gesellschaft sogar halbieren, ohne ein Minus zu machen. Asyl in Deutschland ist und bleibt wichtig, doch es sollte ein gesundes Maß annehmen, die Wellen können wir nicht mehr tragen.

Migration ist und bleibt unverzichtbar für Deutschland und die Migrationsreform kommt zu genau dem richtigen Zeitpunkt, denn die Neuauflage der Migration ist aktuell so nötig wie nie. Deutschland muss sich endlich auf die Fachkräfte konzentrieren, am besten europäische.

Oliwier Slowik (16) ist Schüler und gehört dem KV Siegen-Wittgenstein an. Ihr erreicht

ihn unter slowik091@gmail.com



Made to stickInhalte, die kleben bleiben Designfragen sind immer Geschmacksfragen Unson Dosign 742

Der Kopf brummt, die Beine tun weh. Ich habe Hunger. Und dennoch ist eine Vorfreude vorhanden, die nicht einmal der immer wieder einnickende Alexander Steffen neben mir trüben kann.

Nach einem überragenden Fußballturnier, bei dem ich zwei Bälle ins Tor stolpern konnte und dutzende Bälle aus technischer Limitierung verloren habe brettern Jonathan, Alex und meine Wenigkeit nach Frankfurt, um dem Rebrand Summit der Jungen Liberalen beiwohnen zu können

Das alte Design der Bundesjulis hatte Geschichte. Es brachte Schwung in die düstere Apo-Zeit und führte die FDP (vermutlich nicht nur wegen des Designs) wieder in den Bundestag. Die Website war zu diesem Zeitpunkt topmodern. Inzwischen wirkt sie etwas starr und veraltet. Daher ist es gut, dass über einhundert Gesichter gespannt auf eine Kinoleinwand in Frankfurt blicken und darauf warten, dass unser Bundespressesprecher Paavo ein Update präsentieren wird.

schmacksfragen. Unser Design zur Landtagswahl war in Abgrenzung zum überbunten und für Untergliederungen, die ich bei jeder Entscheidung immer fest in den Blick nehme, schwierig umzusetzende Bundes-Design ein schlichter Segen, der einfach und geradlinig war. (Wie unsere Botschaften) Einige von Euch schütteln über das neue Design den Kopf, viele sind Fans. Zur Wahrheit gehört: Die ewigen Skeptiker gewöhnen sich von Tag zu Tag besser an neue Impulse. Die Übereuphorischen werden mit der Zeit etwas müde in ihrer Begeisterung. Und so bleibt festzuhalten: Eine gute Arbeit, die uns JuLis in die Neuzeit bringt. Und wir alle wirken mit.

Ich freue mich auf das neue Design und die vielen Möglichkeiten, die auch der mächtige Kachelgenerator bieten wird. Das spielerische Prinzip der vielen Farben soll zeigen: Wir Liberale sind vielfältig. Das neue Design erlaubt auch einen eigenen jeweiligen Stil für gewisse Untergliederungen. Denn die Julis in Köln sind meistens etwas anders als die Julis in Mettmann. Auch das Prinzip der Sticker ist neu. Viele von Euch "verschönern" ihren Lap-

top mit vielen bunten Aufklebern. In meinem Auto liegen auch heute noch Sticker zum Hundesteuer-Aktionstag. Das gedankliche Konstrukt mit unseren Botschaften in möglichst vielen Köpfen "kleben zu bleiben" ist genial. Es ist unser Ziel als Jugendorganisation, auch mit geschickten Provokationen, gehört zu werden. Es gilt zwar nicht der abgedroschene Satz

any promotion is good promotion"

aber doch müssen wir nicht allen gefallen. Das verbindet uns nun wieder zu einer Laterne in Burkina Faso, an der ein nervig-kultiger "Nett hier – aber waren Sie schon einmal in Baden-Württemberg" haftet. Gefällt nicht allen aber die Reichweite ist top. Der Unterschied: Wir wollen mit unseren Ideen das Land gestalten. Packen wir es an, ich freue mich, schauen wir mal, was wird…

Melde Dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tim Schütz (**tim.schuetz@julis-nrw.de**).





Hier gehts zum neuen CD: julis.de/cd





Als Landesarbeitskreis für innere Sicherheit sind wir die zentrale Anlaufstelle im Verband für alle, die sich besonders für Innenpolitik interessieren. Wir besprechen aktuelle politische Themen unseres Fachbereichs, sichten und debattieren Anträge aus den Bezirken und erarbeiten eigene Positionen. Dabei orientieren wir uns an unseren gemeinsamen liberalen Werten.

unserem Rechtsstaat stehen und Sicherheit und Freiheit sorgsam gegeneinander abwägen. Aus liberaler Sicht bedeutet der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowohl den uneingeschränkten Schutz der Grundrechte als auch die bedingte Gewährleistung der inneren Sicherheit. In den vergangenen Monaten haben wir bereits über die Ausstattung der Polizei mit Tasern

und die Forderung nach Verschärfungen des Waffenrechts diskutiert. Unsere Positionen sind



Janik Büsching Landesarbeitskreisleiter



Anna Heimann stv. Landesarbeitskreisleiterin

Wir betrachten die Freiheit des Einzelnen als das zentrale Prinzip in einer offenen Gesellschaft. Diese individuelle Freiheit muss vom Staat respektiert, und insbesondere geschützt, werden. Um den Einzelnen vor Eingriffen in seine Freiheit durch andere zu bewahren, ist eine angemessene staatliche innere Sicherheit erforderlich. Staatliche Interventionen müssen jedoch verhältnismäßig sein und unterliegen den Beschränkungen der Grundrechte. In einer freien und offenen Gesellschaft kann innere Sicherheit daher niemals als absolut betrachtet werden. Die politische Entscheidungsfindung muss stets im Einklang mit

dir vielleicht schon bei unserem vergangenen Landeskongress aufgefallen. Wir sprechen immer mal wieder mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft. In unserer vergangenen Veranstaltung hatten wir mit unserem Gast aus der Landespolitik, Marc Lürbke (MdL), über Folgen der Ausschreitungen der Silvesternacht gesprochen. Wie können wir unsere Einsatzkräfte besser schützen? Wie können wir unsere Integrationspolitik optimieren?

Jeder von euch ist herzlich dazu eingeladen, bei unseren Veranstaltungen teilzunehmen und sich einzubringen!



Jannis Kohlhase stv. Landesarbeitskreisleiter

EUROPA

Unter dem Motto "Europa ist nicht weit entfernt, Europa wird bei uns gemacht" arbeiten wir als LAK Europa an jungliberalen Lösungen, um die Zukunft Europas zu gestalten. In diesem Jahr haben wir das große Ziel, europäische Programmatikgeschichte in NRW zu schreiben und zu zeigen, dass wir Jungen Liberalen die richtigen Antworten zu drängenden Fragen und Entwicklungen rund um Europa und die Europäische Union haben.

In diesem Jahr liegt unser Schwerpunkt auf der Europawahl,

die wir gemeinsam mit unserem Team inhaltlich und programmatisch vorbereiten. Und unter uns: Dieser Sommer wird spannend, mit Fachexperten, gemeinsamen Projekten und einem Wochenende, das zeigen wird, dass liberale Politik in Europa grenzenlos ist.

Wenn auch du ein Teil vom LAK Europa werden möchtest, dann melde dich gerne bei uns. Wir freuen uns auf dich!



Dimitra Papadopoulou Landesarbeitskreisleiterin



Leonard Dylla stv. Landesarbeitskreisleiter





QR-Code scannen, auf der Website anmelden und mitarbeiten!

RECHTSSTAAT

Der Rechtsstaat steht in vielerlei Hinsicht vor gro-

ßen Herausforderungen. Sei es der Personalmangel im Justizwesen, die veraltete Juristenausbildung oder auch die Schwierigkeiten, die der Umgang mit Protesten wie denen der "Letzten Generation" bereitet – die Lage ist brisant. Trotz dieser Herausforderungen kann es für eine gelungene Rechtspolitik nicht genügen, wenn bloß auf aktuell drängende Probleme reagiert wird. Ebenso ist wichtig, stetig die Strukturen des Rechtsstaats zu hinterfragen und zu überprüfen, um festzustellen. an welchen Stellen

Möglichkeiten zur Optimierung bestehen, damit die Zukunftsfähigkeit des Rechtsstaats gesichert bleibt. Für uns - Jonas und Paul - ist dabei klar, dass besonders wir als liberale Jugendorganisation gefragt sind, Antworten auf diese Frage zu finden, weil Rechtsstaat und Liberalismus für uns nicht unabhängig voneinander gedacht werden können. In unserem Landesarbeitskreis möchten wir uns daher damit beschäftigen, wie wir den Rechtsstaat und seine Arbeit effizienter und gleichzeitig verständlicher machen, sowie uns die Frage stellen, wie wir dafür sorgen können, dass Recht auch wirklich durchgesetzt wird. Wir freuen uns dabei über alle, die

in unserem Landesarbeitskreis mitmachen wollen - egal, ob mit oder ohne Bezug zur Juristerei!



Jonas Vieten Landesarbeitskreisleiter



Paul Basmaji stv. Landesarbeitskreisleiter

INTEGRATION AUF DEM PRÜFSTAND -DIE LEHREN AUS DEN SILVESTERKRAWALLEN IN BERLIN

Die Nacht auf den 1. Januar 2023 hat in Berlin die fatalen Auswirkungen einer fehlgeschlagenen Integration gezeigt. Gewalt, Chaos, Sachbeschädigungen - beinahe kriegsähnliche Szenen, welche den Rechtsstaat scheinbar an seine Grenzen gebracht haben. Es wurden Rufe nach Abschiebungen und Verschärfungen des Waffenrechts laut. Die beschämenden und teils rassistischen Debatten um die Veröffentlichungen der Vornamen der Verdächtigen waren größer als die Frage, wie es überhaupt zu den Ausschreitungen kommen konnte. Als Liberale sollten wir aber nicht die falschen Schlüsse ziehen und nur die Symptome bekämpfen, wir müssen uns stattdessen für eine effektive Integrationspolitik starkmachen. Tun wir das nicht. leiden die Menschen darunter, die für unsere Gesellschaft und Wirtschaft sehr wertvoll sind. Die aktuelle Migrationspolitik ist mit ein Grund dafür, dass die Menschen auch gar nicht wissen können, was

sie falsch machen – ihnen wird aber auch oftmals nicht die Chance gegeben, sich mit unserer Kultur und Lebensweise vertraut zu machen.

Warum die Herkunft doch wichtig ist

Über 40 Prozent der Täterinnen und Täter der Silvesternacht hatten laut Berliner Polizei einen afghanischen oder syrischen Migrationshintergrund. Auch wenn es bei Datenerhebungen der Nationalität von Tätern viel Kritik gibt, denn Täter sei Täter, können wir aus dieser Datenlage einige Rückschlüsse ziehen, warum es zu diesen Gewaltausschreitungen gekommen ist. In Krisengebieten wie Afghanistan ist Gewalt durch die Taliban gegenüber der Zivilbevölkerung alltäglich. Seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan haben die Taliban Minderheiten verfolgt, friedliche Proteste gewaltsam niedergeschlagen und Frauen unterdrückt. Unter der Herrschaft der Taliban kommt es zu außergerichtlichen Hinrichtungen. In Syrien ein ähnliches Bild: Bürgerinnen und Bürger wurden von den Sicherheitskräften willkürlich inhaftiert, erlitten Folter und andere Misshandlungen oder wurden Opfer des Verschwindenlassens. Die Regierungsbehörden hielten 2021 Zehntausende Menschen in willkürlicher Haft, darunter friedliche Aktivisten, Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen, Rechtsanwälte und Journalisten. Auch auf der Flucht erlitten die Menschen nicht selten Gewalt und Übergriffe und andere Menschenrechtsverletzungen, unter anderem durch Schlepper. Die Menschen, die zu uns fliehen, kennen also oftmals nichts anderes als Gewalt als Kommunikationsmittel. Das ist ein großes Problem, denn die westlichen Demokratien und rechtsstaatlichen Systeme können nur ohne Gewalt funktionieren. Hier ist großes Konfliktpotenzial, da viele Geflohene mit dieser Gewalt rechnen und dementsprechend

aggressiver und gewaltbereiter gegenüber staatlicher Ordnung reagieren. Auch sollten wir einen kurzen Blick auf die jüngsten Wahlen in der Türkei werfen. Recep Tayyip Erdoğan gewann in Deutschland mit seiner teils menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Politik rund 64,8 % der 1,44 Millionen wahlberechtigten Bürger mit deutsch-türkischer Staatsangehörigkeit. Für uns Demokraten ist das ein fatales Ergebnis, denn es zeigt, dass sich entweder viele nicht mit Erdogan auseinandergesetzt haben oder sie eine antidemokratische und menschenverachtende Politik befürworten.

Was wir aus den Silvesterereignissen lernen können

Die liberale Gesellschaft und der Rechtsstaat müssen Stärke zeigen, aber nicht gegen die Menschen, sondern mit den Menschen. Der erste wichtige Ansatz ist, die Bildung für Migranten umfangreich zu verbessern, denn hier fängt die eigentliche Integration an. Bildung spielt eine Schlüsselrolle bei der Integration von Migranten. Sie ermöglicht den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten, um am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft teilzunehmen und ein eigenständiges Leben zu führen. Bildung schafft Chancen und eröffnet Perspektiven für eine erfolgreiche Zukunft. Das Erlernen der deutschen Sprache hat eine herausragende Bedeutung, da es Migranten ermöglicht, effektiv zu kommunizieren, ihre Bedürfnisse auszudrücken. Informationen zu erhalten und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Insbesondere wird dadurch gefördert, dass Gewalt nicht als Mittel der Kommunikation genutzt wird. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die gesellschaftliche Teilhabe. Migranten müssen ein Verständnis dafür entwickeln, wie die freie liberale Gesellschaft funktioniert. welche Werte und Normen sie prägen und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind. Es ist entscheidend, dass sie die Grundprinzipien der Demokratie wie Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Toleranz verstehen und respektieren. Nur durch eine aktive Teilnahme können sie ihre eigenen Interessen vertreten und an Entscheidungsprozessen partizipieren. Respekt bildet eine elementare Grundlage für ein gelungenes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Es muss gelernt werden, Respekt gegenüber anderen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer kulturellen Prägung zu zeigen. Es sei angemerkt, dass dieser Respekt gleichermaßen für uns Deutsche gilt. Eine weitere wichtige Lehre ist die Stärkung des Rechtsstaats. Die Justiz muss endlich wieder in der Lage sein, als ein ernst zu nehmendes Stoppschild zu fungieren. Gesetzesverschärfungen ergeben aber selten Sinn, vielmehr müssen bestehende Normen auf Sinnhaftigkeit evaluiert werden und rechtsstaatliche Ressourcen auf die Durchsetzung des bestehenden Rechts konzentriert werden. Dazu müssen Gerichtsverfahren beschleunigt werden und gesetzeswidrige Taten müssen schnelle Konsequenzen nach sich ziehen. Auch kann es sinnvoll sein, mehr Strafen in Sozialstunden abzuleisten, da so ein besseres Gefühl für die Gesellschaft entwickelt werden kann. So steigt auch der Respekt vor dem Rechtsstaat, eine Resozialisierung ist schneller möglich und Taten wie in der Silvesternacht kann effentiver vorgebeugt werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland – das ist auch gut so. Unsere Kultur und Gesellschaft kann aber nur von anderen profitieren, wenn wir sie auch zulassen. Setzen wir uns für eine Integrationspolitik der Vernunft ein und überlassen die Migrationsdebatten nicht dem rechten Parteienspektrum.

Abiturient und stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Bielefeld. Darüber hinaus ist er stellvertretender Landesarbeitskreisleiter der inneren Sicherheit und Fraktionsmitarbeiter der Bielefelder FDP-Ratsfraktion. Ihr erreicht ihn unter jannis. kohlhase@julis.de

Jannis Kohlhase (19) ist

WAS IST FRIEDEN?

EINE LIBERALE ANTWORT

Flucht und Migration - oft das grausame Resultat von grausamen Kriegen, unmenschlichen Lebensverhältnissen und katastrophalen Wirtschaftleistungen. Deshalb ist es so wichtig, sich mit den Ursachen zu beschäftigen, die Menschen dazu treiben, ihr Land zu verlassen und sich zwangsläufig neu zu orientieren und integrieren: Der Frieden in Europa ist in Gefahr. Die Welt ist unübersichtlich geworden. Dominierten im 20. Jahrhundert noch klassische Staatenkriege. in denen sich Staaten und ihre Armeen gegenüberstanden, so ist im 21. Jahrhundert eine teilweise Entstaatlichung des Krieges zu beobachten. Ein aktueller Krieg passt allerdings nicht in dieses Schema: der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Seit knapp anderthalb Jahren wütet Putins Militär in der Ukraine. Völlig richtig war also die Entscheidung Deutschlands, endlich Panzer vom Typ Leopard 2 in die Ukraine zu senden. Das Sehnen nach Frieden ist groß. Allerdings stellt sich aufgrund der sicherheitspolitischen Herausforderungen und deren Entwicklung im 21. Jahrhundert eine Frage: Was ist überhaupt Frieden? Gibt es überhaupt in Deutschland Frieden? Dieter Senghaas, ein deutscher Sozialwissenschaftler, sagt, dass Frieden grundsätzlich ein Zustand sei, der in erster Hinsicht als ein ge-

waltfreier und auf die Verhütung von Gewaltanwendung gerichteter politischer Prozess verstanden werden sollte. Hierbei muss allerdings, zumindest in der Art und Form des Krieges, klar unterschieden werden:

Innerstaatlicher Frieden

Gescheiterte Staaten, sogenannte "Failed States", sind meist das Resultat von Bürgerkriegen. Klar gibt es auch Beispiele, wie Afghanistan oder Jemen, wo die Vereinigten Staaten von Amerika oder auch die ehemalige Sowjetunion ihre Finger im Spiel hatten, allerdings sind auch die vielen Völker in einem einzigen Land Grund für die enorm lang anhaltenden Kriegsjahre. Man könnte meinen, dass, sobald die Kampfhandlungen vorüber sind, zwangsläufig Frieden herrscht. Falsch gedacht. Innerstaatlicher Frieden hat meiner Meinung nach vier Eckpfeiler, die Grundlage des Bestrebens nach Frieden sind:

1. Entprivatisierung von Gewalt (Gewaltmonopol)

In diesem Punkt stimmen wir vielleicht einmal gegen Privatisierung. Gerade wenn es uns als Liberalen um den Frieden geht. Wesentlich für jeden Zivilisierungsprozess ist die Entprivatisierung der Gewalt bzw. die Herausbildung eines legitimen, in aller Regel staatlichen

Gewaltmonopols, dem die einzelnen Bürger untergeordnet sind ("Entwaffnung der Bürger").

2. Kontrolle des Gewaltmonopols und Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit (Verfassungsstaat)

Soll das Gewaltmonopol als legitim akzeptiert werden, bedarf es der Institutionalisierung rechtsstaatlicher Prinzipien und öffentlicher demokratischer Kontrolle, auf deren Grundlage sich Konflikte in einem institutionellen Rahmen fair austragen lassen. Der Rechtsstaat muss wehrhaft sein, Gesetze erlassen und ausführen sowie darüber walten können.

3. Interdependenzen und Affektkontrolle

Affektkontrolle: Das ist das Ergebnis einer Sublimierung von Affekten. Es ist Grundlage nicht nur von Aggressionshemmung und Gewaltverzicht, sondern darauf aufbauend von Toleranz und Kompromissfähigkeit. Dieser Punkt ist eine wesentliche Grundlage einer Demokratie. Niemand darf wegen seiner (politischen) Meinung verfolgt werden.

4. Demokratische Beteiligung

Gesellschaften, in denen sich weiträumige Interdependenzgeflech-

Bildnachweis: stock.adobe.com/New Africa

te herausbilden, werden zu sozial mobilen Gesellschaften. In ihnen findet ein Transformationsprozess statt, der sich stichwortartig wie folgt umschreiben lässt: "Entbäuerlichung" bzw. Proletarisierung, "Entdörflichung" bzw. Urbanisierung sowie für sozial mobil werdende Gesellschaften grundlegend: Alphabetisierung. In aller Regel werden in fortgeschrittenen sozial mobilen Gesellschaften Unterordnungsverhältnisse aufgrund von Geschlecht, Rasse, Klasse oder anderen Merkmalen von den Betroffenen nicht mehr hingenommen. In demokratisierten Rechtsstaaten mit einem hohen Politisierungspotenzial untergräbt solche Diskriminierung die politische Stabilität.

Die Frage, die sich möglicherweise stellt, lautet, ob in Deutschland Frieden herrscht. Bezogen auf die oben genannten Grundsteine kann man ganz klar sagen: JA! In Deutschland gibt es eine wehrhafte Demokratie, die Partizipation gewährt und vor allem mit aller Härte des Rechtsstaates (mit einzelnen Berliner Ausnahmen) durchgreifen und walten kann. Völlig klar ist es also auch, das gerade wir Liberalen uns für das Funktionieren der rechtschaffenen Institutionen stark machen müssen.

Zwischenstaatlicher Frieden

Ein Beispiel, welches uns natürlich sofort in den Sinn gerät, ist der mittlerweile fast anderthalb Jahre alte Angriffskrieg Russlands auf die

Ukraine. Es herrscht dort ganz offensichtlich kein Frieden. Allerdings ist die Definition von zwischenstaatlichem Frieden spätestens mit Beginn des "Kalten Krieges" um einiges komplexer geworden. Pauschal könnte man es mit "Frieden ist nicht gleich Frieden" betiteln. Es gibt etwas Drittes. Etwas zwischen Krieg und Frieden. Benannt wurde es allerdings nie. In dem Buch "Neue Kriege" (2018) erklärt der Politikwissenschaftler Herfried Münkler den "Klassischen Krieg" zwischen zwei Staaten für tot. Das hat sich nach vier Jahren zwar nicht bewahrheitet. Seine Ausführungen zum Thema "Neue Kriege" führt er allerdings ziemlich gut aus.

Cyberangriffe, Spionage, Terrorismus und Drohneneinsätze sind vier zentrale Schlagwörter. Konkrete Beispiele sind die "Wetter-Ballons" der Chinesen, amerikanische Drohneneinsätze in Pakistan oder die Drohnen des Mullah-Regimes in der Ukraine. Eine Kriegserklärung? Gab es nie. Auf dem Papier herrscht zwischen all den genannten Staaten Frieden. Es gibt tatsächlich auch keine konkrete Vorstellung davon, wie man es benennen, geschweige denn reduzieren bzw. auslöschen könnte. Diese Komplexität der Lagen ruft auch eine neue komplexere Weltordnung auf. Meiner Meinung nach werden sich die Amerikaner ein enges Duell mit den Chinesen liefern müssen. Russland hat sich mit seinem Angriffskrieg schließlich selbst aus dem Spiel genommen. Langfristig hat allerdings auch Europa eine

Chance. Das scheint natürlich ein sehr weit entfernter Traum. Gerade für uns. Allerdings kann eine kluge Außenpolitik und ein Vorankommen der europäischen Integration auch uns eine Chance gewähren. Amerikas Vormachtstellung wackelt. Es wird wohl auf ein multinationales Kopf-an-Kopf-Rennen hinauslaufen, in der die Rollen und Positionen nicht mehr klar definiert sein werden.

Fazit

Das Wort "Frieden" ist extrem komplex geworden. Das hat uns wahrscheinlich dieses Zeitalter schon verdammt oft gezeigt. Innerstaatlicher Frieden kann nur durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gesichert werden. Alle anderen Systeme verzeichnen viele Lücken und können ein Gewaltmonopol, ausgehend durch den Staat, nicht garantieren. Der internationale Frieden hat sich gewandelt. Es bedarf souveräner Staaten, aber auch internationaler (wirtschaftlicher) Zusammenarbeit, um alle Formen von Provokationen und Krieg unterbinden zu können und der Weltgemeinschaft einen Traum zu erfüllen: Weltfrieden.

Noah Jakubi (18)
macht gerade sein
Abitur und ist Mitglied im Kreisvorstand
der JuLis Bielefeld. Ihr erreicht
ihn unter noah.jakubi@julis.de

In Gemeinden und Städten, in denen mindestens 5.000 ausländische Menschen ihren Hauptwohnsitz haben, ist nach § 27 der Gemeindeordnung (GO NRW) ein Integrationsrat zu bilden. Bei 2.000-5.000 ausländischen Menschen in einer Gemeinde muss ein Integrationsrat gebildet werden, wenn mindestens 200 Menschen es beantragen.

Der Integrationsrat dient als politische Interessenvertretung der ausländischen Bürger:innen. Er kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Anregung und Stellungnahme des Integrationsrats sind dem Rat, Ausschüssen oder Bezirksvertretungen vorzulegen. Der Integrationsrat wird immer mit der Kommunalwahl gewählt, dabei gibt es Listen. Auch das Wahlsystem ist ähnlich dem der Kommunalwahl, Listen sind hier sowohl "Ableger" von Parteien als auch andere Gruppen und Vereine.

Sina hat für dieses Magazin mit Integrationsrat.

Reiner Gutowski gesprochen. Er ist in Mönchengladbach Ratsmitglied für die Freien Demokraten und dort außerdem Mitglied im

Sina: Hallo Reiner! Danke für deine Zeit. Ich weiß grob, was ein Integrationsrat ist, so nach den Vorgaben der Gemeindeordnung, aber nicht, wie er in Mönchengladbach genau aussieht. Kannst du mich aufklären?

Reiner: Klar, gerne! In Mönchengladbach besteht der Integrationsrat aus 24 Mitgliedern. Ein Drittel davon wird vom Rat der Stadt Mönchengladbach nach dem für Ausschüsse geltenden Verfahren aus seiner Mitte gewählt. So bin ich in den Integrationsrat gekommen. Zwei Drittel werden nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung direkt durch die wahlberechtigten Migrant:innen gewählt. Der Integrationsrat hat sich also nach der Kommunalwahl 2020 das letzte Mal neu konstituiert.

S: Wie oft sind Sitzungen? Und wie läuft eine solche Sitzung ab?

R: In der Regel finden die Sitzungen alle zwei Monate statt. Diese sind - wenn nicht anders angekündigt - öffentlich und können von allen Interessenten als Zuhörer besucht werden.

S: Gibt es noch andere Wege, von der Arbeit mitzubekommen, oder können sich Personen irgendwie an das Gremium wenden mit ihren Anliegen?

R: Der Integrationsrat in Mönchengladbach hat eine Sprechstunde.

Da kann man anrufen und sein Anliegen mitteilen. Die Sprechstunde wird ehrenamtlich von Mitgliedern des Integrationsrats betrieben. Es gibt aber auch eine extra Geschäftsstelle für den Rat als Teil der Verwaltung.

S: Was sind größere Projekte, die der Integrationsrat in letzter Zeit in der Stadt umgesetzt hat? R: Der Integrationsrat hat dafür gesorgt, dass es nun endlich eine länger geplante Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt gibt. Es gab dazu schon 2018 einen Ratsbeschluss, aber aus verschiedenen haushalterischen und verwaltungsinternen Gründen wurde er lange nicht umgesetzt. Hier sehe ich dann auch die Rolle von mir und den anderen vom Stadtrat entsandten Mitgliedern. Wir wissen an der Stelle, wie Verwaltung funktioniert, wer anzusprechen ist und so weiter. In dem Fall konnten wir z.B. die finanzielle Frage lösen, indem wir Geld von der interkulturellen Woche verwendet haben, das während der Pandemie nicht benötigt wurde.

S: Was ist die interkulturelle Woche?

R: Die interkulturelle Woche ist eine Aktionswoche, die seit 1975 jeweils im Herbst bundesweit stattfindet. Unterstützt wird das Ganze von Kommunen. Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Bildungsträgern, vielem mehr und eben auch Integrationsbeiräten und -beauftragten. (Info:



In über 600 Städten und Gemeinden werden rund 5.000 Veranstaltungen durchgeführt.) Dieses Jahr wird das Motto zum Beispiel "Neue Räume" sein. Ich kann nur allen Leserinnen und Lesern empfehlen, sich Ende September nach Veranstaltungen in ihrer Kommune umzuschauen.

Und da kann ich direkt auch noch von einem anderen schönen Projekt erzählen, das der Integrationsrat in MG umsetzt. Wir organisieren nämlich seit Jahren ein interkulturelles Fest zur interkulturellen Woche. Dabei sehe ich uns als FDP dann nicht in der Rolle der Gestalter des Festes, aber wir unterstützen immer gerne. Letztes Jahr habe ich für ein Spülmobil gesorgt, damit es kein Einweggeschirr braucht. So haben wir einen Schritt zu einem nachhaltigen Fest gemacht.

S: Warum sollten Liberale sich deiner Meinung nach für den Integrationsrat interessieren?

R: Ich habe immer wieder das Gefühl, wir verschenken viel Potenzial bei Deutschen, die in ihrer Familie Migrationsgeschichte haben. Das sind Deutsche, die Parteiprogramme lesen, für die aber auch Repräsentation eine Rolle spielt. Wir haben inhaltlich ein großes Potenzial, junge Menschen anzusprechen. Aber trotzdem fällt die Wahlentscheidung vielfach gegen uns. Wir müssen überlegen, woran das noch liegen kann.

S: Woran, meinst du, kann es liegen: Warum sprechen wir noch nicht so viele Menschen an, die den Integrationsrat wählen können?

R: Ich weiß nicht, ob ich die richtige Person bin, um das zu kommentieren. Ich bin sehr froh über die Liberale Vielfalt und Personen, die unsere Partei da aufwecken will. Und das Einwanderungsgesetz und unser Einsatz dafür ist auch ein guter Schritt. Außerdem müssen wir uns immer ganz klar gegen rechts positionieren, eigentlich sollte man das einer liberalen Partei nicht sagen müssen.





rin des Magazins und lebt aktuell in Prag. Ihr erreicht sie unter Sina.behrend@ julis.de



MIGRATION SCHAFFT VIELFALT IN UNSERER GLOBALEN WELT

Die Frage nach der Bedeutung von Migration für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist von großer Relevanz, insbesondere in einer Zeit, in der die Globalisierung und die zunehmende Vernetzung der Länder die Bewegung von Menschen über nationale Grenzen hinweg erleichtert haben. Migration spielt eine entscheidende Rolle für die Wirtschaft Deutschlands und bringt verschiedene Vorteile mit sich.

Ein wichtiger Aspekt ist der demografische Wandel. Deutschland steht vor der Herausforderung einer alternden Bevölkerung und eines abnehmenden Arbeitskräfteangebots. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Wirtschaft, da weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung stehen. Migration kann dieses Problem mildern, indem es den Arbeitsmarkt mit jungen und qualifizierten Fachkräften bereichert. Durch die Anwerbung von Talenten aus dem Ausland kann Deutschland den Bedarf an Arbeitskräften in verschiedenen Sektoren decken. die für das wirtschaftliche Wachstum entscheidend sind.

Ein weiterer Faktor ist die Innovationskraft. Migration bringt eine Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Erfahrungen mit sich. Der Austausch von Wissen und die Zusammenarbeit mit Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und fachlichen Hintergründen fördert die Innovation und den technologischen Fortschritt. Neue Impulse von Migranten können zu einem

dynamischen und kreativen Umfeld führen, das die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärkt. Zahlreiche erfolgreiche Unternehmen und Start-ups in Deutschland wurden von Migranten gegründet oder maßgeblich mitgeprägt, was die Bedeutung von Migration für die Wirtschaft unterstreicht.

Des Weiteren trägt Migration zur Vielfalt der Arbeitskräfte bei. In einer globalisierten Wirtschaft ist kulturelle Kompetenz und interkulturelle Kommunikation von zunehmender Bedeutung. Migranten bringen ihre kulturellen Hintergründe und Sprachkenntnisse mit und ermöglichen so eine bessere Anpassung deutscher Unternehmen an internationale Märkte. Durch die Vielfalt der Belegschaft können Unternehmen ihre Kunden besser verstehen und ihre Produkte oder Dienstleistungen zielgerichteter anbieten. Dies erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und trägt zur Stärkung der Wirtschaft

Neben diesen ökonomischen Aspekten ist es wichtig, anzumerken, dass Migration auch soziale und kulturelle Bereicherung mit sich bringt. Der kulturelle Austausch und die Vielfalt der Perspektiven fördern das gegenseitige Verständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Migration trägt zur Entstehung einer pluralistischen Gesellschaft bei, in der Toleranz und Offenheit gefördert werden. Dennoch ist es wichtig zu beto-

nen, dass Migration auch Herausforderungen mit sich bringt. Eine erfolgreiche Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft ist entscheidend, um die Vorteile der Migration zu maximieren und mögliche Konflikte zu minimieren. Investitionen in Sprachkurse, Bildung und interkulturelle Programme sind unerlässlich für den gesamtgesellschaftlichen Erfolg.

Ashad "Ash" Schefah (19) studiert im zweiten Semester Englisch und Philosophie

auf Lehramt und ist Kreispressesprecher der JuLis Wuppertal. Ihr erreicht ihn unter ashad.schefah@ web.de



AUS DEM LAVO!

Unser letzter Landeskongress in Lünen stand ganz unter dem Motto der Beratung vieler Anträge. Als Landesvorstand haben wir uns dazu entschlossen, zum ersten Mal seit langer Zeit keinen Leit-

antrag zu stellen – und so insbesondere unseren großartigen Untergliederungen die Möglichkeit zu geben, dass ihre Anträge im Fokus des Landeskongresses stehen. Das Ergebnis

kann sich sehen lassen:

Am Wochenende haben wir ganze elf Anträge beraten können. Uns als Programmatik-Team freut diese Bilanz natürlich sehr - man muss wohl weit zurückdenken, um einen Kongress zu finden, an welchem so viele Anträge beraten und beschlossen werden konnten. Unter anderen im Mittelpunkt stand die Debatte rund um die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz - eine Position, die seit über einem Jahrzehnt zur DNA der Jungen Liberalen gehört hat. Wenngleich der Ausgang der Debatte sicherlich nicht jeden in Ekstase versetzt, bin ich überzeugt, dass am Ende der Kongress gewonnen hat: durch eine hochklassige, teils emotionale Debatte zu einer der unbestritten wichtigsten Fragen einer liberalen Standpunktverortung, die man – wie wir gesehen haben – unterschiedlich beantworten kann. Aktuell bereiten wir uns auf den anstehenden 100. Landeskongress der JuLis NRW vor. Der Kongress wird nicht nur als Jubiläumskongress eini-

ge Highlights bereithalten, sondern ebenfalls
programmatisch: In
Vorbereitung auf
die Beratungen
des Europawahlprogramms der
Jungen Liberalen

beschäftigen auch wir

uns aktuell mit unseren

Thesen für die Europawahl im kommenden Jahr. Insbesondere unserer Landesarbeitskreis Europa unterstützt uns hier aktuell bei der Arbeit. Du hast ebenfalls Lust, dich mit deinen Ideen für Europa einzubringen? Dann melde dich gerne bei mir (anna.neumann@julis-nrw.de) oder unserer Landesarbeitskreisleiterin Dimitra (papadopdi@gmail.com). Wir freuen uns schon jetzt auf spannende

Debatten beim kommenden Lan-

deskongress!

Melde dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik Anna Neumann (anna.neumann@julis-nrw.de).

Erfolgreiche Kacheln auf Social Media freuen mich immer. Es ist schön, wenn viele von euch diese in ihrer Insta-Story teilen oder sie an interessierte Freunde senden, die dann im besten Falle überlegen, Mitglied zu werden. Aber so richtig schießt mein Puls dann doch nur in die Höhe, wenn wir JuLis es in die Zeitungen dieses Landes schaffen. Presse bedeutet die Ausflucht aus der eigenen, gemütlichen Bubble, in der eh alle Menschen die FDP wählen werden. Presse bedeutet die Chance auf Diskurs, nicht bloß auf weit mehrheitliche Zustimmung. Presse erhöht den Marktwert unseres Landesvorsitzenden und somit das Standing von uns JuLis in der FDP. Ich kann mit etwas Stolz sagen, zuletzt ist uns dies wieder ganz hervorragend gelungen: Als Hörsäle in ganz NRW von linken Ideologen besetzt wurden, haben wir mit unserer Haltung einen eignen Artikel in der RP bekommen und klargestellt, dass die Uni hier stärker durchgreifen und freie Lehre ermöglichen muss. Als Soyeon Schröder-Kim Kaviar mit russischen Oligarchen und AfD-**Putinverstehern (kein Gendern** nötig) in der russischen Botschaft speiste, brachten wir JuLis sie mithilfe des Kölner Stadtanzeigers in ihrer Funktion für die 100%ige Landestochterfirma NRW.Global Business zu Fall. Eine schöne Vorstellung, wie sich die Schröders bei einem Hafermilchkaffee über die JuLis aufregen. Auch konnten wir prominent in der RP die Wüst-Show bei der Vergabe des Staatspreises an Angela Merkel kritisieren. So kann es gerne weitergehen. Zudem konnten wir die Neumitgliederkampagne an den Start bringen. Jetzt lohnt es sich

umso mehr,
Verbündete für uns
JuLis zu
finden und
u.a. Treffen
mit Spitzenpolitikern zu gewinnen. Wie immer
zu betonen: Das alles ist Teamarbeit. Mein Dank gilt daher vor
allem.Martin und Leo, aber auch
Jonathan für die geniale Schröder-Kim-Idee.

Melde dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tim Schütz (tim.schuetz@julis-nrw. de).

Nachdem wir zuletzt das erste PPW seit der Corona-Pandemie sowie einen großen Landeskongress organisieren konnten, stehen auch in den kommenden Wochen wieder coole Events an. Wie gewohnt wird zu Beginn jedes Monats ein Orga-Newsletter versendet, der euch einen Überblick über die aktuellen Veranstaltungen des Monats bietet. Dadurch erhaltet ihr frühzeitig alle Informationen, um eure Teilnahme planen zu können. Alternativ könnt ihr euch auch über unsere Website in der Rubrik Termine informieren und

anmelden. In diesem Jahr erwarten euch noch zwei besondere Highlights. Ein wichtiges Ereignis ist unser zweites Landespolitisches Programma-

tisches Wochenende (LPPW), das am 12. und 13. August in Aachen stattfindet. Hier wird es spannende inhaltliche Diskussionen und interessante Referenten geben. Des Weiteren möchten wir euch auf unseren 100. Jubiläums-Landeskongress hinweisen, der am 23. und 24. September in Düsseldorf stattfindet. Wir haben einige Höhepunkte für euch vorbereitet und freuen uns. diesen besonderen Anlass gemeinsam zu feiern. Zusätzlich findet jeden Monat unsere digitale Veranstaltung "Bericht aus dem Parlament" statt. Dabei habt ihr die Möglichkeit, mit Abgeordneten aus dem Landtag, Bundestag oder Europaparlament ins Gespräch zu kommen und über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Neben diesen festen Terminen werden wir euch auch weiterhin spannende Einladungen zukommen lassen, sei es zur Teilnahme an unserer "Skill-Tour", bei der ihr euch in verschiedenen Seminaren weiterbilden könnt. oder zu Abgeordnetenfahrten nach Brüssel oder Berlin. Die Jungen Liberalen leben von eurem Engagement, dem politischen Austausch und der Diskussion. Nehmt zahlreich an unseren Veranstaltungen teil und gestaltet aktiv die Zukunft

Melde dich bei Fragen oder
Anregungen gerne jederzeit bei
unserer stellvertretenden

mit!

Landesvorsitzenden für
Organisation Alondra
von Groddeck
(alondra.von.
groddeck@julisnrw.de).

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Thomas Jobelius (thomas.jobelius@julis.de), Sina Behrend (sina.behrend@julis.de)

Redaktion

Ali Abo-Hamoud, Sina Behrend, Carlo Hörmandinger, Torben Hundsdörfer, Noah Jakubi, Thomas Jobelius, Janis Kohlhase, Moritz Ritterswürden, Oliwier Slowik, Paul Stommel

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

Lektorat

Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

Druck

frames GmbH, Essen

Das julimagazin ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im julimagazin abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie Gleichstellung, Flucht und Integration





Ich freue mich, wenn du in meinen Podcast "Europa, wir müssen reden!" reinhörst. Du findest ihn auf Spotify, Deezer und auch auf YouTube. Für die verschiedenen Portale kannst du einfach den passende QR-Code scannen.

Ich wünsche dir viel Spaß beim Hören!

Moritz

Moritz Körner MdEP Mitglied im Präsidium der FDP









otify D

VouTube